

OTTO
KIRCHHEIMER
PREIS



DOKUMENTATION

LAUDATIO

**Der Otto Kirchheimer-Preis 2023
an Prof. Dr. Frank Decker**

16. November 2023, Heilbronn

*anlässlich der Preisverleihung des
Otto Kirchheimer-Preises*

Professor Dr. Wolfgang Schroeder



© David Ausserhofer

Prof. Dr. Wolfgang Schroeder

Otto Kirchheimer-Preis 2023 an Prof. Dr. Frank Decker

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
Sehr geehrte Frau Hotz-Friese und Herr Friese,
lieber Ulrich von Alemann,
lieber Frank,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist mir eine Ehre, die heutige Laudatio für Frank Decker zur Verleihung des Otto Kirchheimer-Preises halten zu dürfen. **Der Preis, so meine ich, gebührt Frank Decker. Es gibt augenscheinliche Parallelen zwischen Frank Decker und Otto Kirchheimer.**

Zunächst einmal natürlich die wissenschaftliche Schaffenskraft gepaart mit gesellschaftlicher Verantwortung. Im Zentrum steht dabei nicht zuletzt der politikwissenschaftlich-intellektuelle Einsatz gegen rechte Ideologie und rechtsradikalen Aktivismus. Und das Bedeutendste: Ebenso wie der Namensgeber dieser Auszeichnung leistet Frank Decker **einen außerordentlichen Beitrag zur Parteienforschung, aber vor allem auch zur wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Demokratie, ihrem Wandel und den akuten Bedrohungen gegen sie.** Ihrer beider Forschung ist mitnichten Wissenschaft fernab der Realität. Vielmehr leistet Frank Decker, genauso wie der Namensgeber des Preises, einen **wichtigen Beitrag für die Wissenschaft von der Politik, aber damit auch für die Orientierung der Gesellschaft in schwierigen Zeiten.**

Frank Deckers Hinwendung zur Parteienforschung begann Mitte der Neunzigerjahre in Hamburg. Nach seiner Promotion in einem ganz anderen Themenfeld – der Umweltschutzpolitik – ergab sie sich wohl eher zufällig. Die damals neugegründete „Zeitschrift für Politikwissenschaft“ suchte einen Autor für einen Aufsatz über die in Hamburg gerade entstandene „Statt-Partei“. Als Decker diese Aufgabe übernahm, begann eine bis heute anhaltende Beschäftigung mit dem Rechtspopulismus. Denn schon die inzwischen längst untergegangene Statt-Partei, manche erinnern sich noch an ihren Führer Ronald Schill, seinerzeit als Richter „Gnadenlos“ für seine harten Urteile bekannt, betrachtete er seinerzeit als populistische „Anti-Establishment-Partei“. Dafür gab es in Deutschland bis dahin nur ein Vorbild, die 1983 gegründeten, später ebenfalls gescheiterten Partei der Republikaner.

In anderen europäischen Ländern wie Frankreich, Italien und Österreich gelang es vergleichbaren Parteien dagegen zur selben Zeit, sich in den Parteiensystemen dauerhaft zu etablieren. In Dänemark und Norwegen war das sogar schon in den Siebzigerjahren der Fall. Dass da etwas Neues entstanden war oder entstehen würde, hatten in der Politikwissenschaft in den Neunzigerjahren erst wenige auf dem Schirm. Frank Decker war einer von ihnen. Seine vergleichende Untersuchung über den **„Neuen Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien“**, mit der er sich 1999 an der Hamburger Bundeswehruniversität Helmut Schmidt habilitierte, war **die erste größere Arbeit über dieses Thema in der deutschsprachigen Politikwissenschaft und hatte in vielerlei Hinsicht Pioniercharakter**. Inzwischen lässt sich die Forschungslandschaft zum Populismus im Allgemeinen und Rechtspopulismus im Besonderen kaum mehr überblicken. Auch wenn sich Frank Decker – seinem Naturell entsprechend – ab Beginn der 2000er Jahre sowohl innerhalb als auch jenseits der Parteienforschung verstärkt anderen Themen zuwandte, sollte ihn der Rechtspopulismus nicht loslassen. So wie er die Entwicklungen auf europäischer Ebene kontinuierlich weiter aufmerksam beobachtete, so wandte er sich langfristig immer wieder der Frage zu, warum die Bundesrepublik in punkto Rechtspopulismus offensichtlich ein Ausnahmefall war.

Denn anders als in fast allen Ländern der OECD konnte sich hierzulande lange Zeit keine vergleichbare Partei bundesweit durchsetzen – es blieb bei vereinzelten Erfolgen auf der Landesebene. 2012 resümierte Decker seine Erklärungen dafür in einem Aufsatz, was mit Blick auf die nur ein Jahr später stattfindende Gründung der AfD nicht ohne Ironie ist. Er machte darin im Wesentlichen drei Gründe für die Schwäche beziehungsweise das Scheitern des Rechtspopulismus in Deutschland aus: Erstens die fehlende Politisierung der Migrationsfrage, zweitens die bleibende Fähigkeit der Mitte-Rechts-Parteien und hier vor allem der Union, den rechten Rand zu integrieren, und drittens die gesellschaftliche und politische Stigmatisierung des Rechtsextremismus als Folge der NS-Vergangenheit. Doch auch das Bekanntwerden des vollen Ausmaßes der rechtsterroristischen Mordserie des NSU und der Verwicklungen des Staatsapparates darin überholten Deckers Diagnose an dieser Stelle.

Im Anbetracht der veränderten realpolitischen Ereignisse, **widmete sich Decker ab 2013 ebenso intensiv der AfD**, wie er das zuvor mit dem Rechtspopulismus in vergleichender Perspektive getan hatte. Als Erklärung für deren Durchbruch führte er an, dass von den drei der noch im Jahr zuvor als Hindernisse beschriebenen Faktoren zwei an Bedeutung eingebüßt beziehungsweise sich in das Gegenteil verkehrt hätten. Zum einen sei das

Migrationsthema aus der Tabuzone herausgeholt worden – hier schreibt er im Nachhinein der Sarrazin-Debatte im Sommer 2010 eine wichtige Rolle zu, mit der sich der diskursive Raum für den Rechtspopulismus geöffnet habe. Zum anderen sei im Zuge der gesellschaftspolitischen Liberalisierung der CDU unter Angela Merkel eine Nische für konservative, autoritäre und nationale Positionen geöffnet worden, in die der neue Akteur erfolgreich hineinspringen konnte. Den dritten Faktor – die Stigmatisierung des Extremismus – hielt Decker trotz des NSU aber weiterhin für wirksam. Noch 2021 nannte er ihn als Grund, warum die AfD bei der Bundestagswahl im Westen stärkere Stimmenverluste hinnehmen musste als im Osten, wo sie von Beginn an über ein in etwa doppelt so großes Wählerpotenzial verfügte.

Die aktuellen Umfrageergebnisse und der Ausgang der Landtagswahlen in Bayern und Hessen zeigen, dass auch dieser Erklärungsfaktor mittlerweile nicht mehr so stark ins Gewicht fällt. Den Extremismus hat die Politikwissenschaft weiterhin nicht erschöpfend beschrieben und erklärt. Es braucht also weiterhin die stetige selbstkritische Forschung, wie sie von Frank Decker betrieben wird.

Die Beschäftigung mit dem Populismus war für Frank Decker Anlass, sich, wie auch Kirchheimer, für das gesamte Feld der Parteienforschung zu öffnen und viele andere Forschungsfelder zu adressieren. Dazu gehörten und gehören etwa Fragen der Parteiorganisation, der gesellschaftlichen Entstehung von Parteien, des Verhältnisses der Parteien zum Staat und der Partei typologie. So setzte er sich zum Beispiel in einem 2019 publizierten Aufsatz kritisch mit der in Mode gekommenen Ansicht auseinander, die heutigen Parteiensysteme würden durch einen neuen Grundkonflikt geprägt, der zwischen kosmopolitischen und kommunitaristischen Positionen verlaufe. Überhaupt wurde die **Analyse des bundesdeutschen Parteiensystems neben dem Rechtspopulismus zum weiteren Dauerthema der Parteienforschung**, das Decker bis heute unermüdlich bearbeitet. Sein Buch über die „Parteiendemokratie im Wandel“ wird demnächst in der dritten, und sein zusammen mit Viola Neu herausgegebenes „Handbuch der deutschen Parteien“ in der vierten Auflage erscheinen.

Für die Bundeszentrale für politische Bildung hat Decker ausführliche Dossiers zu den im Bundestag vertretenen Parteien verfasst, die, online verfügbar, eine große Reichweite haben und von ihm regelmäßig aktualisiert werden. Im nächsten Jahr möchte er zwei neue Einführungsdarstellungen vorlegen, zum Populismus und zu Parteien und Parteienforschung.

Dass Frank Decker ein fleißiger Schreiber ist, beweist auch ein Blick auf seine Publikationsliste, die mittlerweile knapp 700 Titel umfasst, darunter 40 selbst verfasste oder herausgegebene Bücher. Gut die Hälfte der Publikationen entfällt auf das Gebiet der Parteienforschung, rechnet man Randgebiete wie die Koalitionsforschung oder das Wahlrecht mit, sind es sogar fast zwei Drittel. Von den 30 Dissertationen, die er an der Universität Bonn betreut hat, fallen ebenfalls rund die Hälfte in die Parteienforschung.

Neben den Parteien hat Frank Decker vor allem über institutionelle Fragen und den Vergleich von demokratischen Regierungssystemen gearbeitet und dabei so gut wie kein Thema ausgelassen: Föderalismus, Wahlrecht, parlamentarisches System, politische Partizipation, direkte Demokratie. Auch hier kommen die Parteien ins Spiel, weil sie diese Bereiche als Verfassungsinstitutionen und allgegenwärtige Akteure miteinander verklammern. Deckers langjährige Beschäftigung mit dem deutschen Regierungssystem mündete 2022 in eine monografische Gesamt- und Überblicksdarstellung, die unter dem Titel **„Die deutsche Demokratie“** bei der Bundeszentrale für politische Bildung erschienen und erhältlich ist.

Diese beeindruckende Publikationstätigkeit macht Frank Decker auch zu einem vielgefragten und -beschäftigten Vortragsredner. Neben Einladungen aus vielen europäischen Ländern und Konferenzteilnahmen in den USA, Kanada, Israel, Ägypten und China bildet dabei der Bereich der politischen Bildung mit allein über 500 Vorträgen in den letzten zweieinhalb Jahrzehnten den Hauptschwerpunkt. **Decker setzt sich aktiv für die Demokratie ein und wirbt unverdrossen für die Prinzipien der liberalen, repräsentativen Parteiendemokratie, die er durch den autoritären Populismus gefährdet sieht.**

Er tut das an Schulen, außerschulischen Bildungseinrichtungen, kirchlichen Akademien und im Rahmen der Erwachsenen- und Lehrerfortbildung. Eine Reihe seiner Texte zu Parteien, Demokratie und Populismus sind in Politik- und Sozialkundebüchern eingestellt und haben Eingang in den Schulunterricht gefunden.

Neben den am Schreibtisch arbeitenden Wissenschaftler und den auf Podien auftretenden politischen Aufklärer tritt drittens schließlich der Publizist und Berater. Frank Decker hat sich nie als Forscher im Elfenbeinturm verstanden, sondern immer Wert daraufgelegt, in die Öffentlichkeit und Politik hineinzuwirken, also das zu betreiben, was die Universitäten als Transfer beschreiben

und von ihren Wissenschaftlern erwarten. Neben Interviews und Stellungnahmen zum politischen Tagesgeschehen, für die er zum Beispiel vom Bonner Fernsehsender Phoenix häufig angefragt wird, sind Artikel in Tages- und Wochenzeitungen Deckers bevorzugtes Medium und machen einen erheblichen Teil seiner Publikationsliste aus.

Die aus seiner Sicht gelungensten Beiträge hat er in zwei Büchern zusammengetragen, die unter dem Titel **„Wenn die Populisten kommen“** und **„Baustellen der Demokratie“**, die 2013, beziehungsweise 2021 erschienen sind. Sie bieten interessante Proben auf die Analyse- und Prognosefähigkeit des Autors – gerade auch dort, wo er mit seinen Einschätzungen danebenliegt.

Frank Decker greift vor allem dann in Debatten ein, wenn er glaubt, dass politisch etwas schiefläuft, oder wenn er meint, vorherrschenden oder populären Ansichten eine vielleicht weniger populäre Sichtweise entgegenhalten zu müssen. Was ihn reizt, ist der Widerspruch. So hat er sich in wiederkehrenden Beiträgen wie zuletzt im Berliner Tagesspiegel immer wieder gegen die in Deutschland kaum hinterfragte Praxis ausgesprochen, die Wahl des Kanzlers oder der Ministerpräsidenten im Parlament in geheimer Abstimmung durchzuführen, worin er einen Verstoß gegen demokratische Prinzipien sieht. Die sich über eineinhalb Jahrzehnte hinziehende Unfähigkeit des Gesetzgebers, den stark vergrößerten Bundestag durch eine Wahlrechtsreform wieder auf Normalmaß zurückzuführen, wurde von ihm wiederholt kritisiert.

Aktuell reibt sich Frank Decker am Vorhaben aller Bundestagsparteien mit Ausnahme der AfD, die Wahlperiode von vier auf fünf Jahre zu verlängern. In einem Anfang September erschienenen Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung hat er dargelegt, dass es dafür keine triftigen Gründe gibt, es sei denn, man hielte die institutionellen Eigeninteressen der Parteien und Abgeordneten für solche.

Ihre wohl größte Wirkung haben die Interventionen von Frank Decker bei einem Thema entfaltet, das ihn wissenschaftlich ebenfalls seit mehr als zwei Jahrzehnten umtreibt, nämlich der Frage, ob man die repräsentative Parteiendemokratie durch direktdemokratische Entscheidungsverfahren, also plebiszitäre Elemente, ergänzen müsse. Seine in vielen Artikeln zum Ausdruck gebrachte Skepsis hat er 2016 in einem Buch zusammengefasst, das den Titel **„Der Irrweg der Volksgesetzgebung“** trägt und von ihm bewusst als „Streitschrift“ angelegt wurde.

Inzwischen wird die Forderung, die in den Bundesländern vorhandenen, aber selten praktizierten Volksrechte auch in das Grundgesetz zu übernehmen, von ihren einstigen Befürwortern kaum noch vertreten. Das gilt nicht zuletzt für die SPD, wo Frank Decker seine Funktion als Mitglied der Grundwertekommission erfolgreich genutzt hat, um für eine Abkehr von der überkommenen Programmatik zu werben. Inzwischen setzt die SPD genauso wie die Grünen anstelle der direkten Demokratie auf andere, nichtbindenden Formen der deliberativen Bürgerbeteiligung, um die vorhandenen Repräsentationsschwächen der Parteiendemokratie auszugleichen.

Auch damit hat sich Frank Decker kritisch auseinandergesetzt. Die Erwartungen, die aktuell zum Beispiel in sogenannte „Bürgerräte“ gesetzt werden, hält er nicht nur für überzogen, sondern für potenziell gefährlich, weil sie das Verständnis der Funktionsbedingungen der parlamentarischen Parteiendemokratie weiter untergraben könne.

Frank Decker hat die Reformprozesse der parlamentarischen Parteiendemokratie durch seine Teilnahme an Anhörungen, Gutachten und schriftliche Stellungnahmen in verschiedenen Landesparlamenten und im Bundestag kontinuierlich begleitet. Von 2019 bis 2021 war er zum Beispiel sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission „Subsidiarität und Partizipation“ im nordrhein-westfälischen Landtag. Im Verfahren um die staatliche Parteienfinanzierung stützte er 2021 als Sachverständiger vor dem Bundesverfassungsgericht die Position von Union und SPD, wonach eine Erhöhung der absoluten Obergrenze gerechtfertigt sei, weil den Parteien durch die Digitalisierung und die vermehrt stattfindenden Urwahlen und Mitgliederentscheide zusätzliche Kosten entstünden. Obwohl das Gericht der Klage der Opposition gegen das Gesetz am Ende stattgab, ist es in der Sache dieser Argumentation gefolgt, was den Parteien jetzt die Möglichkeit gibt, die Parteienfinanzierung in ihrem Sinne neu und rechtssicher zu regeln.

Abschließend möchte ich noch drei weitere Verpflichtungen von Frank Decker erwähnen, die ebenfalls alle in den Bereich Transfer hineinfallen. Seit 2022 gibt er die sozialwissenschaftliche Zeitschrift „**Indes**“ heraus, die er aus Göttingen, wo sie von der Einstellung bedroht war, an die Universität Bonn geholt hat. Seit mittlerweile zehn Jahren gehört er der Grundwertekommission der SPD an, die von seiner Expertise nicht nur in den oben angesprochenen demokratiepolitischen und institutionenbezogenen Themen profitiert. Und 2011 hat er

die wissenschaftliche Leitung der von Bodo Hombach gegründeten und heute von Sigmar Gabriel und Armin Laschet geleiteten „**Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP)**“ übernommen, um dort praxisnahe Forschungsvorhaben durchzuführen. In der Grundwertekommission und in der Bonner Akademie habe ich in den letzten Jahren regelmäßig mit Frank Decker zusammengearbeitet und ihn als professionellen und zuverlässigen Mitstreiter kennengelernt, so zum Beispiel im Rahmen eines Projekts über die „sozial-ökologische Transformation“, dessen Ergebnisse demnächst in einer Buchpublikation zugänglich gemacht werden.

Frank Decker leistet mit seinen Arbeiten nicht nur einen wichtigen wissenschaftlichen, sondern auch gesellschaftlichen Beitrag. Er betreibt keine abgehobene und lebensferne Wissenschaft, sondern eine, die Orientierung geben kann und Probleme lösen will.

Er steht nicht nur in der Tradition von Kirchheimer, er entwickelt sie weiter und beweist damit, dass die Politikwissenschaften einen wichtigen Beitrag zum Verständnis unserer Zeit leisten können. Die Auszeichnung mit dem Otto Kirchheimer-Preis würde den Namensgeber mehr als erfreuen. Somit möchte ich an dieser Stelle die Auswahl des Preisträgers würdigen und dir lieber Frank, ganz herzlich gratulieren.

Prof. Dr. Wolfgang Schroeder ■



Förderverein
OTTO KIRCHHEIMER-PREIS e.V.

Geschäftsstelle: Harald Friese
Wilhelm-Blos-Straße 53
74076 Heilbronn
Tel. 07131-17 79 15
Fax 07131-16 05 95
hotz-friese@t-online.de

| www.otto-kirchheimer-preis.de |